

Die Agitationen gegen das Reichsimpfgesetz. *)

C. R. Seit Einführung des Reichsimpfgesetzes vom 4. März 1874 haben die Agitationen gegen die Schutzimpfung über-...

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht über das von Freunden der Zwangsimpfung zu Gunsten der letzteren aufgeschickte statistische Material ergehen, denn bekanntlich haben deren Gegner...

Die Gegner des Impfzwanges haben unter Anderem namentlich auch die Behauptung aufgestellt: daß Syphilis, Tuberkeln, Syphilis etc. mit übertragen werden könnten. Die wissenschaftliche Pathologie gestattet eine solche Annahme nur dann, wenn...

Nicht geringes Aufsehen erregte es deshalb, als der durch seine eminenten Leistungen auf gewissen Gebieten der Medizin hinlänglich bekannte Professor Dr. Klebs in Prag vor wenigen Monaten in einer Sitzung des dortigen ärztlichen Vereins mit der Behauptung auftrat: daß er bei der mikroskopischen Unter-

*) Wer halten uns zur Aufnahme dieses Aufsatzes verpflichtet, weil derselbe, abgesehen von seinem durchaus wissenschaftlichen Charakter, die Impfrage in ein — wenigstens für das große Publikum — ganz neues Licht stellt und über eine Entdeckung berichtet, die, wenn sie sich bestätigt, eine Reform der Impfgesetzgebung absolut notwendig macht. N. d. S.

**) Beides ist doch wohl untrennbar. Bietet die Impfung wirklich Schutz gegen die Pocken, ohne — bei Beobachtung der nötigen und möglichen Vorsichtsmaßnahmen — Nachteile zu bringen, die diesen Vortheil aufzuwiegen, so ist der Impfzwang berechtigt, ebenso berechtigt wie der Schulzwang. Das ist dies nicht, so ist nicht bloß der Impfzwang, sondern überhaupt das Impfen zu verwerfen. Das einseitige Bestehen gegen den Impfzwang scheint uns inconsequent. N. d. S.

humanisierter Kuhpockenlymphe) zu bedienen, nicht mehr gestattet werden darf und daß die Möglichkeit einer syphilitischen An-

Wenn wir den Freunden des Impfzwanges nun auch zugeben, daß die Kuhpockenimpfung für viele Personen ein auf mehrere Jahre währender Schutz gegen Blattern ist, so dürfen wir nach der Klebs'schen Entdeckung, über die sich Näheres in Nr. 3 der Prager medizinischen Wochenschrift und pag. 233 der medizinisch-chirurgischen Rundschau (1877) findet, wohl erwarten, daß von Seiten des Reichsgesundheitsamtes schleunigst die nötigen Schritte in der oben bezeichneten Richtung gethan werden, und haben, wenn die direkte Impfung von der Kuh nicht durchführbar sein sollte, oder wenn, wie verlautet, die der Kuh entnommene Lymphke bei vielen Personen weniger gut haftet als die humanisierter, lieber auf Aufhebung des Reichsimpfgesetzes hinzuwirken.

Correspondenzen.

Leipzig. Der „Kampf mit geistigen Waffen“. Ein netter Beruf das, besonders wenn er mit einigem Geschick betrieben wird. Und daß das „Leipziger Tageblatt“ von besonders geschickten Kämpfern in diesem Genre bedient wird, ist eben so bezeichnend für dasselbe, als daß es gelegentlich mit seinen dunklen Zutragern auf den Mund geklopft wird. Hier das neueste Beispiel dafür. Am 16. Mai d. J. berichtet ein solch dunkler Zuträger (ob Leonhardt, postprotestantischer Angehöriger dabei mitgeteilt hat, wissen wir nicht) dem „Tageblatt“ Folgendes:

„Man schreibt aus Grimmitzhau: Wie das hiesige „Tageblatt“ mittheilt, ist der bekannte sozialdemokratische Stadtverordnete G. J. Schlegel aus der Stadt verschwunden, allem Anschein nach, am einem Wechsel von 16,000 M. aus dem Wege zu gehen, welcher von einem in Dresden wohnhaften Geschäftsfreunde desselben eingeklagt wurde. Das Accept desselben soll auf einem Verfahren beruhen, welches man im gewöhnlichen Leben mit dem Ausdrude Wechselkreiterei bezeichnet.“

Am 17. Mai schon muß Cadacur-Püttner u. Co. — und sicherlich schmerzbejagt — Folgendes melden:

„Zur Berichtigung der aus den „Dresdener Nachrichten“ auch in unser Blatt übergegangenem Notiz über den Stadtverordneten G. J. Schlegel in Grimmitzhau geht den „Dresdener Nachrichten“ von dem dortigen Vertreter des Letzteren, Herrn Advokat Dr. Wolf II., folgende Mittheilung zu: Herr Schlegel hat vor mehreren Jahren den Gutsherrlichen Hermann Richter in Dresden gegen Einräumung von Cautionshypotheken und gegen Bürgschaft eines Zwidauer Sachwalters Wechselkredit gegeben und steht ihm aus dieser Geschäftsverbindung an den genannten Richter auch jetzt noch eine Forderung von ca. 27,000 Mark zu. Um der Klagbarmachung dieses begründeten Anspruchs ein Paroli zu bieten, hat Richter neuerdings einen aus dem Jahre 1875 herrührenden, nur aus Versetzen in seinen Händen gebliebenen Solawechsel über 15,000 Mark, von dessen Existenz er beim wiederholten Empfang von Contocorrentauszügen mit keiner Silbe gesprochen, neuerdings gegen Schlegel geltend gemacht und sich sogar erdreistete, Wechselklage einzureichen, lediglich in der Absicht, gegen seinen Gläubiger eine Preßsion auf Rücknahme der gegen ihn eingereichten Klagen zu üben. Nachdem Richter bei der widerrechtlichen Geltendmachung jenes ungiltigen Wechsels selbst dann stehen geblieben, als er sich mir gegenüber bereit erklärt hatte, die Schlegel'sche Forderung nach Höhe von 25,200 M. anzuerkennen, auch jenes Papier über 15,000 Mark ohne Weiteres auszuhandigen und damit also indirekt den Besitz dieses Wechsels als einen widerrechtlichen selbst gekennzeichnet hatte; so hat Herr Schlegel auf meinen Rath heute die Hilfe der Staatsanwaltschaft gegen Richter angerufen. Um das Material zu seiner sehr umfangreichen Anklageschrift herbeizuschaffen, war Herr Schlegel gezwungen, wiederholt in Dresden und Zwidau zu verfahren und also von Grimmitzhau abwesend zu sein. Bei dieser Sachlage von einem Beschwinden des Herrn Schlegel zu sprechen, zeigt von einem leichtfertigen Umspringen mit dem ehrlichen Namen eines geachteten Mannes und hätte das Grimmitzhauser Amtsblatt (aus dem die „Dresdener Nachrichten“ geschöpft haben) sich füglich erst genauer orientieren sollen, ehe es eine solche reine private Angelegenheit an die große Glocke schlug.“

Daß das „Tageblatt“, dem „man“ auf dem bekannten Wege der Scheerenscheidung von dem „bekannten sozialdemokratischen Stadtverordneten Schlegel“ so und so schrieb, bei der Berichtigung den Titel „sozialdemokratisch“ nicht erwähnte, verzieht sich von selbst. Der Vortheil treibt's Handwerk. Wie schade, daß abermals die Lumperei unter anderer Firma zu suchen ist! Also, nicht wahr, Vobodenken, der sozialdemokratische Stadtverordnete Schlegel ist noch sozialdemokrat, wenn auch der Schnitt Fuxer Dampfseege ihn nicht über die Linie des ehrlichen Mannes hinwegbesördert hat? Nicht wieder schleien lassen, Herr Nachbar! — Natürlich die — geistigen Waffen. —

Leipzig, 23. Mai. Heute begeht der Cigarrenarbeiter Wilhelm Schumann von hier ein Jubiläum seltener Art. Derselbe hat nämlich heute vor 25 Jahren sein Amt als Kassirer der Krankenkasse der Cigarrenarbeiter und -Sortierer für Leipzig und Umgebung angetreten, und dasselbe in diesem langen Zeitraum in redlichster Weise für einen geringen Gehalt verwaltet. Was für ansehnliche Summen während dieser Zeit durch seine Hände gegangen sind, sei hier nur dadurch bewiesen, daß die Kasse innerhalb dieser 25 Jahre allein an Krankenunterstützung circa 220,000 Mark neben 30,000 Mark für Todtenopfer zahlte. Diese Kasse, welche jetzt ein Vermögen von ca. 29,000 Mk. besitzt, ist stets in humanster Weise gegen ihre Mitglieder verfahren. So sind z. B. neben anderen hohen Posten Krankengeld allein einem langjährig Kranken Mitglieder gegen 3300 Mark gezahlt worden, gewiß ein einzig dastehendes Beispiel. Die Verwaltung dieser Arbeiterkasse, welche nur von Arbeitern besorgt wird, giebt einen schlagenden Beweis dafür, daß entgegen den Intentionen, denen das neue Pflanzengesetz entspringen ist, die Arbeiter es wohl verstehen, ohne Einmischung der Ag-

itationen oder der Fabrikanten mit der Verwaltung ihrer Kassen auf eignen Füßen zu stehen. Die Art und Weise, wie diese Kasse verwaltet wird, ist ein schönes Zeugniß für die Reife der Arbeiter zur Selbstverwaltung. Dem Jubilair sei hiermit herzlich gratulirt; möge es demselben vergönnt sein, noch lange Jahre seine Dienste den Arbeitern zu widmen. E. e.

Großenhain, 4. Mai. In dieser Zeit des maßlosen Glühs hat man am besten Gelegenheit, zu sehen, wie der Arbeiter, der doch alles schafft, als Kanaille betrachtet und behandelt wird. In Zeiten, wo das Geschäft flott geht, „erlaubt“ man es schon einmal, daß der Arbeiter eine eigene Meinung hat, weil man seine gewinnbringende Arbeitskraft nothwendig braucht, und man verliert es nur, es ihm auf dem Wege „gütlicher Vorstellungen“ klar zu machen, daß er an „Begriffsverwirrung“ leide. Aber in Zeiten, wo, wie jetzt, Arbeitskraft in Hülle und Fülle zu haben ist, soll es Einer wagen, anderer Meinung zu sein, als es sein Brodherr wünscht — er kann dann gewiß sein, daß ihm von seinem Fabrikherrn der Verdienst höher gehängt wird. Besonders aber haben hiezu diejenigen Arbeiter zu leiden, die dem Sozialismus huldigen: man gibt ihnen einfach die Entlassung, wie das auch hier schon in einzelnen Fällen vorgekommen ist. Weiter hat man aber auch Gelegenheit, zu sehen, wie von Verwaltungsbehörden nicht die mindeste Rücksicht auf bestehende Verhältnisse genommen wird, wofür wir hier einen neuen Beleg liefern wollen. Bei der diesjährigen Einkommenab-schätzung zu den hiesigen städtischen Centralanlagen wurden die Arbeiter im Durchschnitt um 50 Mark, theilweise mehr, erhöht, so daß jetzt die Weber auf 450 Mark gegen 400 im vorigen Jahre veranschlagt sind. In dieser Abschätzung werden von den Fabrikanten Lohnverzeichnisse der Arbeiter geliefert und weisen diese Lohnverzeichnisse beider obengenannter Arbeiterkategorien einen Durchschnittslohn von 625 Mark auf. Das städtische Anlagenregulativ enthält nun einen Paragraphen, nach welchem die Gehälter der Beamten bei der Abschätzung um 20—25 Prozent reduziert werden. Nach stillschweigendem Uebereinkommen, wie es scheint, hatte man diese Reduktion schon seit mehreren Jahren auch auf die Arbeiterlöhne ausgedehnt, so daß dies Verfahren nun allgemein als rechtsgebräuchlich betrachtet wurde. Daß dies Verfahren auch ganz richtig ist, wird Jedem einleuchten, der annimmt, daß die Herren Fabrikanten das Einkommen der Arbeiter gewiß richtig angeben. Auf Grund dieser allgemeinen Annahme nun glaubten die Arbeiter, besonders aber die Weber, denen die Fabrikanten im Vorjahre, die schlechten Verhältnisse benützend, einen 10prozentigen Lohnabzug beschlehten, ihre Einkünfte zu hoch gegriffen und sie reklamirten dagegen. Den Abzug von 25 Prozent nahm man, als zu Recht bestehend, zur Begründung. Alle diese Reklamanten erlitten hietauf den gleichlautenden Bescheid: „Abzukommen, da Reklamant einen prozentualen Abzug nicht zu beanspruchen hat.“ In stadtväterlicher Fürsorge hat man also in diesem Jahre des Nothstandes von diesem Gebrauche Abstand genommen, obgleich man wußte, daß die Weber, die hiervon am meisten getroffen sind, seit nun einem Jahre 10 Prozent weniger verdienen, sowie daß dieselben 6 Wochen lang (Strafe) nichts verdienen. Doch was kümmert das unsrer Stadtverwaltung? Strikt nicht, laßt Euch ohne Gegenwehr das Fell über die Ohren ziehen! So will es die — Harmonie. Die großen Pläne im Kopfe unsrer Stadtväter kosten Geld und das muß geschafft werden. Unse städtische Verwaltung wird seit einigen Jahren immer kostspieliger; aber vielleicht glaubt man, der Ausblick unseres neuen Rathhauses mächte einen Jeden mit neuer Opferwilligkeit erfüllen. Doch wenn wir uns obige Zahlen noch einmal betrachten, so finden wir bei der Vergleichung, daß man doch Gnade walten ließ. Troßdem der Arbeiter keinen prozentualen Abzug zu beanspruchen hat, er sei denn Beamter, so brachte man doch einen solchen in Anwendung, denn es wurde das von den Fabrikanten auf 625 Mark angegebene Einkommen auf 450 Mark = 14 2/3 Prozent reduziert. Also merk's Euch: zu beanspruchen habt Ihr nichts; dies Jahr wird noch Rücksicht genommen, später nicht. Oder hat der Stadtrath etwa diese Reduktion eintreten resp. dieselbe gelten lassen, damit er eine Ausrede habe, wenn man ihm entgegen hielte, daß die Lohnarbeiter verhältnismäßig schlechter daran sind als die anderen Steuerzahler? Als Laien sind wir, nebenbei bemerkt, der Ansicht, daß der für Arbeiter sehr in Betracht kommende Mehrbetrag der Steuer auf andere Weise aufgebracht werden könnte; wenn man nämlich das Einkommen unsrer Großfabrikanten, daß uns (als Laien) zu niedrig gegriffen scheint, in seinem vollen Umfange ermitteln wollte. Das ist aber für unsre Abschätzungscommission ein Problem! Allerdings suchen die Fabrikanten alle Mehrausgaben auf den Arbeiter abzuwälzen, so daß dieselben in Nichts gebessert wären, aber es würde mehr Klarheit geschaffen über die soziale Stellung aller Individuen und die Wahrheit dürfte Manchen überzeugen, wo er den Hebel zur Besserung anzusetzen hat.

Goldsig. Anfang dieses Jahres fanden hier die Stadtverordnetenwahlen statt, und drangen bei denselben viele Kleinbürger durch. Darüber großes Aufsehen in unsern Philisterkreisen, die sich in ihrer Eigenz bedroht fühlten. Ein hiesiger Fabrikant soll zu seinem Sohne geäußert haben: „Aber Sohn, sie wählen nur Leute aus dem Volke, wo bleibst denn Du?“ Ist das nicht ein Beleg für die Thatsache, daß sich diese Sorte Menschen nicht zum Verhalten des Stadtraths in der Schulfrage zuzuschreiben. Er beschloß nämlich, eine neue Schule, welche auf 180,000 Mk. Baukosten veranschlagt war, zu bauen, wogegen in der Bürger-schaft allgemein die Meinung verbreitet ist, daß nur ein Umbau der alten Schule nöthig sei, wozu höchstens 60,000 Mk. erforderlich wären. Die alten Stadtverordneten waren immer mit 30—50 Stimmen in das Collegium gekommen. Diesmal fielen die meisten mit ihren 40—50 Stimmen glänzend durch, denn die Majorität betrug 100—140 Stimmen. Die Schulbau-angelegenheit ist nun vor der Hand bei Seite geschoben, aber mit um so größerer Spannung sah man der diesjährigen Communal-Abstammung entgegen, denn man glaubte allgemein, daß die Communalsteuer, wenn der Schulbau bei Seite geschoben wird, heruntergesetzt werden würde, wenigstens dachte Niemand an Mehrbelastung. Aber nun ist doch eine höhere Abschätzung an der Bestätigung von 30 Pf. auf jedes hundert Mark Einkommen erfolgt, und die Stadtverordneten, von denen man anfangs dachte, daß sie eine Mehrforderung ablehnen würden, stimmten mit allen gegen eine Stimme mit Ja. Darüber ist nun der Kleinbürger- und Arbeiterstand, und zwar nicht mit Unrecht, sehr entrüstet, und bildet dieses Thema jetzt allenthalben das Tagesgespräch. Diese Thatsache ist für uns von großem Nutzen, und wir werden bei der nächsten Neuwahl selbst Candidaten aufstellen. — Wie schwer diese hohen Abgaben vorzüglich

